

Ein neues „Mare Nostrum“ muss her

Deutsche Politiker fordern Konsequenzen: Hilfe für Libyen, leichtere Einwanderung – und Verantwortung zu übernehmen

Von Steven Geyer

Nach der neuen Katastrophe im Mittelmeer wird auch in der deutschen Politik über Konsequenzen debattiert. Von SPD, Grünen und Linken kommen Rufe nach erleichtertem Zugang von Flüchtlingen und einer besseren gemeinsamen Flüchtlingspolitik der EU. Forderungen nach einem neuen Seenotrettungsprogramm wurden laut, wie es Italien mit „Mare Nostrum“ bis Ende 2014 betrieb. Das Nachfolgeprogramm „Triton“ konzentriert sich dagegen nur auf Überwachung und Patrouillen.

„Europa darf nicht immer mehr zur Festung werden, vor deren Mauern Menschen sterben“, sagt der SPD-Vize Ralf Stegner. Europa müsse mehr tun in den Herkunftsländern und dort, wo die Unglücksboote ablegen – zurzeit vor allem Libyen. Außerdem brauche es „endlich legale Möglichkeiten der Einwanderung nach Europa.“

Während die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD) sich für ei-

ne Neuauflage der Seenotrettung aussprach, damit „das Mittelmeer nicht noch für viel mehr Flüchtlinge zum Massengrab wird“, forderte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), eine Ausweitung der EU-Grenzschutzmission Frontex.

Linke und Grüne im Bundestag gaben dagegen der EU und auch Deutschland eine Mitschuld an den tödlichen Unfällen im Mittelmeer. „Wenn die EU weiterhin auf reine Abschreckungsmaßnahmen setzt, muss sie sich den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung gefallen lassen“, sagte Linken-Fraktionsvize Jan Korte. Er forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dazu auf, einen Flüchtlingsgipfel auf EU-Ebene zu initiieren. „Bei den Tragödien im Mittelmeer handelt es sich nicht nur um Katastrophen, sondern um Verbrechen, begangen an Menschen in Not“, so Korte. „Es ist an der Zeit, dass Deutschland seine restriktive Ab-

wartung und sich in Europa an die Spitze setzt, um umfangreiche Hilfsmaßnahmen schnell und unbürokratisch zu organisieren.“

Die Grünen erinnerten daran, dass die Bundesregierung sich für „Triton“ eingesetzt hatte. „Die italienische Marine hätte dem gekenterten Boot mit ‚Mare Nostrum‘ schneller und effektiver helfen können“, sagte Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Expertin der Grünen. „Trotz der grausamen Ereignisse sieht die Bundesregierung aber ihren Fehler nicht ein.“ Innenminister de Maizière habe jüngst erst ein Sechs-Punkte-Programm vorlegt, in dem das Wort Seenotrettung mit keinem Wort erwähnt werde. Stattdessen fordere er die Auslagerung von Asylverfahren nach Nordafrika und Möglichkeiten der Zurückweisung von Flüchtlingsbooten mit Hilfe nordafrikanischer Staaten. „Diese Haltung produziert nur noch mehr Tote“, warnte Amtsberg.